

Liechtensteiner Volksblatt

Bezugspreise: Inland und Schweiz jährlich Fr. 14.50, halbjährlich Fr. 7.30, vierteljährlich Fr. 3.70. Ausland halbjährlich Fr. 13.50, jährlich Fr. 27.—. Postamtlich bestellt halbjährlich Fr. 12.—, ganzjährlich Fr. 24.—. Bestellungen nehmen entgegen: Die nächstliegenden Postämter, die Verwaltung des Volksblattes in Vaduz, in der Schweiz auch die Buchdruckerei Au (Rthl.), Tel. (071) 7 31 60. Verwaltung: Vaduz, Tel. (075) 2 21 43. Redaktion: Vaduz, Telefon Nr. 2 13 94. Postcheck Nr. IX/2988



Anzeigenpreise: die 1spalt. mm-Zeile Anzeigen Reklame
 Inland 8 Rp. 21 Rp.
 Angrenz. Rheintal (Sargans bis Sennwald) 10 Rp. 23 Rp.
 Uebrige Schweiz 11 Rp. 25 Rp.
 Ausland 13 Rp. 29 Rp.

Organ für amtliche Kundmachungen

Anzeigenannahme für das Inland:
 Verwaltung des Blattes in Vaduz, Telefon 2 21 43
 Für das Rheintal, Schweiz und übrige Ausland:
 Schweizer Annoncen A.-G.
 St. Gallen, Tel. 22 26 26; und übrige Zweiggeschäfte

Die internationale Lage

Die Welt blickt nach Genf

Man kann sich darüber streiten, ob in Genf tatsächlich eine Konferenz stattfindet. Ist es nicht eher eine Redeschlacht zu propagandistischen Zwecken? Konferieren hieße doch verhandeln, verschiedene Auffassungen einander näherbringen. Die Voraussetzung ist, daß man sich schließlich auf einen tragbaren Vergleich hin einigt.

Deswegen darf man vorderhand nicht eigentlich von einer Genfer Konferenz reden. Die Großen führen im ehemaligen Völkerbundspalais, dem jetzigen europäischen UNO-Sitz, einen heftigen Disput. Sie verleihen den gleichen Worten wie üblich den kraß entgegengesetzten Sinn. Da dabei Friede und Freiheit von Millionen Menschen auf dem Spiel stehen, bangt man um den Ausgang des Turniers. Einerseits fürchtet man, es liefe resultatlos aus. Andererseits aber sieht man ein, ein fauler Friede wäre das schlimmere.

Genf schließt heimtückische Möglichkeiten in sich. Die gegenwärtige pseudodiplomatische Periode könnte ein «schleichendes München» beschieren. Gromyko wird nichts unterlassen, es dem Westlichen abzulassen. Darum müssen sie ihm eindeutig klarmachen: an den fundamentalen Forderungen, die zur Wiederherstellung des Friedens unerlässlich sind, sei nicht zu rütteln.

Man denke sich nur einmal zur Veranschaulichung der heutigen Tatbestände zwanzig Jahre zurück. Damals ging gerade die fatale Saat von München auf. Japan führte in China Krieg, Oesterreich war angegliedert, die Tschechoslowakei überrannt worden; Mussolini hatte Albanien annektiert. Es wimmelte von suspekten Nichtangriffsakten. Derjenige zwischen Hitler und Stalin stand in Vorbereitung. Man weiß heute, daß er Polen aufteilte. Und die Russen behielten, was sie genommen, wofür man sie übrigens aus dem Völkerbund ausschloß. Das Gewitter zog sich über der dem Völkerbund unterstellten Freistadt Danzig sowie über dem heillosen «polnischen Korridor» zusammen. Dort begann in den ersten Septembertagen der Zweite Weltkrieg.

Heute — zwei Jahrzehnte später — ist die Welt unfreundlicher, bedrohter, versklavter. — Irak scheint in die Satellitenzone abzugleiten. Geschieht es, erleidet der Okzident einen seiner schwersten Schläge. Iran gerät unter wachsenden Druck. Tibet erleidet das Schicksal Ungarns. Die übrigen Brandherde sind bloß zugedeckt. In Korea, Indochina, bei Formosa kann es jederzeit plötzlich aufflammen.

Auch eine exponierte, verletzbare Stadt ist vorhanden: das zerschnittene Berlin mit seinem Westsektor, einer tief im Ostblockgebiet liegenden Enklave. Hier sind die Okzidentalen in einer so kritischen Lage, daß sie mit Westberlin einen weiteren Teil des Kontinents verlieren könnten. Darum dürfen sie ohne unübersehbare Konsequenzen nicht mehr nachgeben. Aber noch wissen sie nicht, wie sie das bewerkstelligen sollen.

Entweder vermag der Westen eine Wende zu erwirken, oder aber er verhindert wenigstens, daß die Sowjetunion sich nochmals ausdehnt. Allein schon das ist sehr schwierig. Denn Moskau möchte an der einen Stelle höchstens innehalten, bis es andernorts einen leichteren Vorteil ergattert hat. Der Okzident müßte daher überall präsent sein; außer in Berlin/Deutschland namentlich im Mittelosten.

Es läßt sich demnach kaum bestreiten, daß man 1959 wiederum in einer ungemütlichen Atmosphäre lebt. Doch die Völker realisieren das teils unzulänglich, teils tastend unterbewußt. Sie verlassen sich instinktiv darauf, daß der Zustand potentiell zu gefährlich ist, um offen gefährlich zu werden. Man wünschte, sie hätten recht.

Der Paketkrieg

Man redet sich ein, niemand am runden Tisch in Genf ließe es auf das Aeußerste ankommen, womit man im ganzen recht behalten möchte. Die Fragen werden ungeregt bleiben. Man wird zusehen, ob die Russen das Berliner Ultimatum und ihren Separatfrieden wahr machen, und ob dabei nicht weniger passiert, als man ersorgte. Zugegeben, die Sowjets rückten auf solche Weise unmerklich vor. Für die Westlichen würde sich der Spielraum nochmals verengern. Und Moskau stände nicht still.

Bestenfalls erreicht man einen prekären Fortbestand der bisherigen Ordnung. Man mag ihr einen neuen Namen geben, das täte nichts zur Sache. Es bedeutete immerhin einen Erfolg des Westens, freilich einen auf rutschigem Boden, einen zudem, den man nicht wie üblich solange auf sich dürfe beruhen lassen, bis ihn Moskau wieder stört. Vielleicht fällt es Nikita Chruschtschew unversehens ein, seine deutschen Aggressivitäten abzulassen oder zu vertagen, um sonstwo eine ungefährlichere Offensive vorzutreiben. Er könnte indessen an verschiedenen Stellen gleichzeitig losschlagen.

Die Westmächte verteidigen daher ihr Programm als Ganzes beharrlich und überlegen. Gromyko soll es ihnen nicht zerrupfen, nachdem es taktisch klug auf Moskau hin abgestimmt wurde. Seine Besonderheit besteht darin, die westliche Substanz zu wahren, im Gegenständlichen den okzidentalen Standpunkt zu behaupten, ihn jedoch dem Kreml diplomatisch mundgerecht zu machen.

Der Vorschlag beginnt symbolischerweise mit der Wiedervereinigung Berlins durch freie Wahlen, also nicht solche, die in Ostberlin auf russische Manier veranstaltet würden. Damit würde sich Berlin in eine wirkliche Viermächtestadt verwandeln, und es bis zu dem Moment bleiben, da es wieder Hauptstadt Gesamtdeutschlands werden könnte.

Eine gemischte Kommission — das ist ein Zugeständnis an die Russen — hätte die Kontakte zwischen den beiden deutschen Teilstaaten zu pflegen und ein Gesetz für demokratische allgemeine Wahlen auszuarbeiten. Der Ausschuß wäre aus 25 Bonner und 10 Pankower Vertretern zusammengesetzt. Letztere besäßen durch die Vorschrift einer Zweidrittelmehrheit praktisch ein Veto. Könnte sich die Kommission nicht einigen, würden beide Wahlgesetze der Volksabstimmung vorgelegt.

Der Berliner und der Deutschlandphase schloße sich eine dritte europäische an. Sie brächte die Wiedervereinigung durch freie Wahlen, die somit an den Schluß verlegt werden. Außerdem sähe sie abrüstende, sichernde, europäische und internationale Schritte vor. Das Hauptstück bildete ein Friedensvertrag mit einem souveränen, frei entscheidenden Gesamtdeutschland. Das Programm verteilte sich auf rund drei Jahre.

Chruschtschew produzierte demgegenüber durch Gromyko sein unverändertes expansives Friedensprojekt. Im Unterschied zu den Okzidentalen ersparte er sich jede Mühe, sich anzupassen. Moskaus wesentliches Ziel ist ein Friedensvertrag mit den getrennten deutschen Staaten. Es würde vorerst die Spaltung verewigen. Indem er jedoch die Wiedervereinigung zur internen deutschen Angelegenheit erklärt, würde er Westdeutschland einem östlichen Anschlußgefälle aussetzen. Denn der sowjetische Entwurf ist mit gefährlichen Fallen versehen. Er böte den Sowjets leichte Vorwände, sich ununterbrochen in den inneren Vorgang der deutschen Staaten einzumischen.

Westberlin würde ausgelieferte «Freistadt», von alliierten Truppen entblößt. Es wäre praktisch schutzlos oder ein unmittelbarer Kriegsanaß. Die UdSSR wäre endlich bereit,

ihre Truppen hinter dem Satellitengürtel bereitzustellen, aber nur wenn die NATO, das hieße die USA, ihre Truppen ebenfalls wozöge, und ihre Basen auf fremdem Territorium aufhobe, womit der Kontinent den Russen ziemlich überantwortet wäre.

Wesentliche Unterschiede

Nicht nur die Unvereinbarkeit der beiden «Pakete» — auch Gromyko hat eines mitgebracht — ist offensichtlich. Sie weichen ebenso in ihrer politischen Qualität voneinander ab. Namentlich ist jedes Ausdruck der besonderen Konstellation, darin sich die westliche oder östliche Gruppe in bezug auf die deutsche Frage bewegt.

Die Objektivität zwingt zu folgenden Feststellungen: Die Westmächte haben unbedingt die besseren Absichten, jedoch die schlechtere Ausgangslage, die sie leider weitgehend selbst verschuldeten. Moskau hingegen hegt unbestreitbar machtpolitische, kommunistische Pläne. Es will — zwischen Krieg und Frieden — Expansion, mindestens Förderung eines dynamischen Hegemonie strebens. Seine Gedanken sind ungut, aber bedauerlicherweise werden sie durch die konkreten Verhältnisse — zum Exempel in Berlin — begünstigt.

Den überzeugenderen, stichhaltigen, sachlich geschickt und einheitlich vertretenen Argumenten der Okzidentalen in Genf begegnen die Russen verlogen sophistisch mit Polemik und Propaganda, doch unter vorteilhafteren realen Bedingungen. Sie brauchten deswegen ihre Vorschläge gar nicht erst zu modifizieren, was übrigens Gromyko in Genf eher schadete. Die Westmächte waren dagegen gezwungen, die gesamte Korrespondenz, die zahlreichen Aeußerungen Chruschtschews zu studieren. Darauf beruht die Qualität ihres «Friedensplanes».

Sie kämpfen unter erschwerten Bedingungen für die einwandfreiere Sache und machten bis jetzt die eindrücklichere Figur als Gromyko. Der Kreml ist indessen einfach entschlossen, sich in seinem Satellitenraum, einschließlich der DDR, zu behaupten, um eines Tages — wie er hofft — auch die Bundesrepublik zu absorbieren. Das außenpolitische Programm der Bonner Sozialisten ist gar zu einladend.

Vielleicht herrscht bei den Amerikanern einige Tendenz, über das westliche «Paket» hinaus mit sich reden zu lassen. Ihre «zehn Friedenspunkte» sowie das merkwürdige Gerücht, Bonn dächte an Nichtangriffsverträge mit den «Warschauer Paktlingen», deuten an, wie sie eine Entkrampfung suchen möchten.

Tribüne DER FREIEN MEINUNG

Das gibt zu denken . . .

Nie vergessen darf man die kürzliche Radiomeldung, wonach über 140 000 Christen den Martertod in China und Korea erleiden mußten, eben weil sie Christen waren. —

Nichtkommunisten werden in den kommunistischen Diktaturstaaten einfach umgebracht. Was gäbe es doch für einen Protestschrei in den kommunistischen Lagern, wenn man in den anderen Staaten die Kommunisten auch töten würde und jede kommunistische Propaganda als staatsgefährlich verböte. Dabei sind die Kommunisten für jede bürgerliche Staatsordnung sehr gefährlich. Jede Missionstätigkeit ist in den kommunistischen Staaten untersagt, aber in Wien finden heuer kommunistische Jugendspiele als kommunistische Propaganda statt, das duldet man, weil man nicht verletzen will oder weil man Angst hat, das gibt zu denken!

Man sagt da und dort im Westen, die letzte in Berlin gestellte Alternative sei ein Nuklearkrieg oder ein Kompromiß. Diese Mahnung richtet sich jedoch auch an die Sowjetunion. Nun so weit ist man noch nicht. Es scheint daher unklug, von derartigen Grenzwerten aus zu überlegen, solange man noch an eine Gipfelkonferenz ernsthaft denkt.

Der Westen muß fortfahren, seine erwogene Politik laut zu verfechten, um die Sowjetunion über die Weltmeinung vielleicht doch zu beeinflussen, daß sie den Bogen nicht überspannt. Man erwartet in Genf allerhand von vertraulichen Besprechungen. Da Moskau keine Verständigung will, dürfte es sich höchstens soweit angleichen, daß die Amerikaner nicht gipfelscheu werden.

Man muß sich in folgedessen auf einen «Abnutzungs-krieg» gefaßt machen, und darin sind die Russen Virtuosen. Vorderhand geht es darum, daß die Konferenz zwar nichts Endgültiges bringt, aber auch nicht scheitert. Das schafft Aufschübe und unter Umständen lohnen sie sich. Inzwischen vertröstet man die Leute mit dem nebelhaften Ausblick auf die Zusammenkunft der Staatsoberhäupter.

Diplomat.

Am Grabe von alt Regierungsrat und alt Gemeindevorsteher Josef Meier

Gestern Mittwochvormittag bewegte sich ein Trauerzug auf den Friedhof in Eschen, wie ihn diese städtliche Gemeinde wohl noch kaum erlebt hat. Schon eine Stunde bevor sich dieser Trauerzug in Bewegung setzte, fanden sich aus Nah und Fern Freunde und Bekannte beim Trauerhaus ein, um am Sarge des lieben Heimgegangenen zu verharren und bedrückten Herzens Abschied zu nehmen. Um 8.45 Uhr intonierte die Harmoniemusik Eschen vor dem Trauerhaus ihren musikalischen Trauergruß und kurz darauf trug man die sterbliche Hülle von Josef Meier zum letzten Gang.

Vor dem Sarg schritten die Harmoniemusik Eschen, der MGV Kirchenchor Eschen und der Männerchor Nendeln mit ihren Fahnen, die den Trauerflor trugen. Sie flankierten die Bundesfahne des Liechtensteinischen Sängerbundes, von deren leuchtendem Gold der schwarze Trauerflor abstach. Den Vereinen folgte eine starke Abordnung des Grenzwachtkorps III in Uniform und schließlich eine Vielzahl seiner Jagdfreunde vom «Silbernen Bruch» in schlichter Waidmannskleidung. Hinter dem Sarg schrit-

ten im Trauerzug die Landesregierung mit Regierungschef Alexander Frick, in corpore, Mitglieder des Landtages mit Landtagspräsident Dr. Josef Hoop, die Parteileitung der Fortschrittlichen Bürgerpartei mit Präsident Dr. Richard Meier. Unter den vielen auswärtigen Trauergästen bemerkte man u. a. Regierungsrat Cahannes von Chur und Bezirkshauptmann Dr. Längle von Bludenz.

Nach der Einsegnung durch H. H. Pfarrer Jenal gab sich Regierungschef Frick zum offenen Grab und richtete folgende Worte an den teuren Verbliebenen:

Liebe Angehörige!
 Verehrte Trauergemeinde!

Vorerst möchte ich namens der fürstlichen Regierung und auch in meinem eigenen Namen den Angehörigen des Verbliebenen das aufrichtigste Beileid aussprechen.

Und nun will ich versuchen, die Persönlichkeit und das Wirken des allzufrüh verstorbenen Regierungsrates Meier mit ein paar Strichen zu skizzieren: